

Blick zurück nach vorn

Vom Runden Tisch über das Agendaforum zur Bürgerstiftung Zukunftsfähiges Berlin e.V.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter der letzten sieben Jahre,
liebe „Gemeinde“,

mir fällt die Aufgabe zu, Ihnen darzulegen, warum es hier und heute notwendig, folgerichtig und vor allem auch gewinnbringend ist, unseren bisherigen Prozess der Agenda 21 in Berlin in Form eines Vereins bzw. einer Bürgerstiftung neu zu fassen und neu zu begründen.

Der von uns erarbeitete Agenda-Entwurf ist ja das Ergebnis eines längeren Prozesses, der bereits im Jahr 1997 (sozusagen im vorigen Jahrhundert...) seinen Anfang genommen hat. Ich möchte daher mit einem kurzen Rückblick auf diesen Prozess beginnen.

Wurzeln im unabhängigen bürgerschaftlichen Handeln

Einige unter uns werden sich gewiss erinnern: Das Markante und Bemerkenswerte am Berliner Agenda 21-Prozess war, dass er als ein unabhängiger bürgerschaftlicher Prozess begann. Unabhängig im folgenden Sinne: Der „Runde Tisch zur Nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“, den wir vor 7 Jahren aus der Taufe hoben, wurde ganz ohne einen offiziellen Beschluss des Landes Berlin ins Leben gerufen und ins Arbeiten gebracht.

Warum ist es so wichtig, das zu betonen? Es ist deshalb von Bedeutung, weil hier ein Grundmuster bürgerschaftlichen Handelns sichtbar wird: nämlich dass ein bürgerschaftliches Interesse – in diesem Falle an einer nachhaltigen Entwicklung – nicht zwingend darauf warten muss, dass sich auch die „hohe Politik“ zum Handeln gemüßigt fühlt.

Auf Berlin bezogen bedeutete das: Wir haben nicht gewartet, bis der so genannte „Prozess von Rio“ offiziell im Land Berlin ankam und durch einen eigenen Beschluss des Abgeordnetenhauses abgesegnet wurde. Sondern wir sind als engagierte Bürgerinnen und Bürger in Aktion getreten, weil wir die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung unseres Gemeinwesens gesehen und gespürt haben.

Einige von uns erinnern sich vielleicht noch, dass wir vor der offiziellen Gründung des Runden Tisches im Juni 1997 einen einjährigen Sondierungsprozess hatten, in dem wir sehr sorgfältig darauf geachtet haben, dass die Beteiligten an diesem Runden Tisch zu ungefähr gleichen Teilen aus den Bereichen Wirtschaft, Politik & Verwaltung, Wissenschaft und engagierten Bürger/innen in Nichtregierungsorganisationen kommen sollten.

Es gab also von vornherein die Festlegung, nicht ein weiteres „Treffen der Gleichgesinnten“ zu organisieren, sondern einen echten Lernprozess zwischen den verschiedenen beteiligten Interessengruppen zu ermöglichen.

Bei aller Liebe zu diesen wichtigen und hehren Grundsätzen muss natürlich gesagt werden, dass der Runde Tisch ein eher „handgestricktes“ Forum war – ein Übungsfeld sozusagen, das sich ohne die offiziellen Weihen der Berliner Politik Legitimation verschaffen und am Leben erhalten musste.

Dieser Zustand hielt an, bis sich Anfang des Jahres 2000 das Abgeordnetenhaus (endlich) dazu durchringen konnte, wie viele andere Städte vorher nunmehr auch für Berlin einen offiziellen Beschluss zu fassen, der die Erarbeitung einer Agenda 21 zu einem offiziellen Auftrag machte.

Im Prinzip war dies die Geburtsstunde des bisherigen Agendaforums – als ein Versuch, die Strukturen des Runden Tisches zu transformieren und zu effektivieren im Sinne seiner neuen Aufgabstellungen: zum einen auf der repräsentativen Ebene über das so genannte „Bänkemodell“ (ein Modell, das im Endeffekt nicht wirklich funktionierte).

Was dafür aber gelang, war die Effektivierung der inhaltlichen Arbeitsebene durch die Einrichtung von Fachforen und Arbeitsgruppen zu (immerhin) 10 verschiedenen Handlungsfeldern, die im Prinzip bis heute existieren und in den vergangenen drei Jahren intensiv gearbeitet haben. Das Ergebnis ihrer Arbeit ist jener Agenda-Entwurf, den wir vor zwei Monaten offiziell dem Abgeordnetenhaus übergeben konnten (und dessen Stand der Einbringung ins Parlament von Stefan Richter erläutert wurde).

Was also ist der Stand der Dinge?

Wir haben ein durchaus passables Zukunftsprogramm für die Hauptstadtregion, das in einem gemeinsamen Dialogprozess erarbeitet wurde – wobei wir uns die Beteiligung seitens der Wirtschaft durch-

aus intensiver hätten vorstellen können. Und wobei wir in einigen Bereichen auch ein stärkeres und stetigeres Engagement der zuständigen Fachverwaltungen ganz gewiss hätten brauchen können...

Insgesamt betrachtet aber war es über weite Strecken ein wichtiger gegenseitiger Lernprozess – nicht nur in inhaltlicher Hinsicht, sondern auch was unseren Umgang untereinander betrifft. Ein solcher Lernprozess ist ja nicht ganz selbstverständlich: Wenn zwei so unterschiedliche Bereiche wie ein eher locker gefasster bürgerschaftlicher Dialogprozess einerseits – und ein festgefügtter und fest verregelter Verwaltungsapparat andererseits – zusammenkommen oder vielmehr „aufeinanderstoßen“, dann geht das nicht immer reibungslos vonstatten.

(An dieser Stelle könnte ich viele kleine oder auch größere Anekdoten aus den vergangenen 7 Jahren zum Besten geben – das mache ich aber nicht, weil mir gesagt wurde, ich solle hier einen zukunftsweisenden und optimistischen Beitrag halten...)

Und in der Tat: In vielen – wenn auch vielleicht nicht in allen – inhaltlichen Punkten gab es tatsächlich einen hürdenreichen Lernprozess, und zwar auf beiden Seiten. Wenn ich an dieser Stelle nur einmal das Stichwort „Bürgerhaushalt“ herausgreife, so gab es noch vor 2 bis 3 Jahren, als wir dieses Modell erstmals ins Agendaforum einbrachten, sogar in unseren eigenen Reihen so manches Stirnerunzeln nach dem Motto: „Die Bürger selbst an Haushaltsfragen beteiligen – geht das denn überhaupt?“

Mittlerweile ist es so, dass der Bürgerhaushalt eines der Leitprojekte der Agenda 21 ist – nicht nur mit signalisierter Zustimmung aus der Politik und der Fachverwaltung, sondern auch (und das ist nicht unwichtig!) bereits in einem Berliner Bezirk ganz konkret in Umsetzung begriffen. Das mag bei anderen Projekten und Reformschritten, die wir vorschlagen, nicht immer so relativ reibungslos funktionieren, aber wir können, so meine ich, „unterm Strich“ sagen:

Es gibt bei allen Schwierigkeiten auf dem Weg, den wir zurückgelegt haben, durchaus auch „echte“ Lerneffekte und eine entsprechend gewachsene Offenheit (und hoffentlich auch Bereitschaft), sich den Problemen dieser Stadt und Region auf eine neue Weise zu nähern.

Dass dies geschafft wurde, ist ganz maßgeblich auf all diejenigen zurück zu führen, die mit ihrem zum Teil jahrelangen Engagement in en Fachforen, zum Teil auch in den Fachverwaltungen, zu diesem Ergebnis beigetragen haben. All diesen Menschen, die den Prozess im Verlauf der vergangenen Jahre durch all seine Irrungen, Wirrungen, Nervereien etc. unbeirrt mitgegangen sind, sei an dieser Stelle ein ausdrücklicher und sehr aufrichtiger Dank ausgesprochen.

Denn es ist, das sei gesagt, wirklich keine Selbstverständlichkeit, keine kleine Leistung, die Sie – oder besser: wir alle – gemeinsam für unser Gemeinwesen erbracht haben. Nun aber genug des Lobs...

Grundideen des neuen Modells

Heute stehen wir also an der Schwelle einer neuen Stufe in diesem Prozess, denn es geht um die Umsetzung der vielen schönen Leitprojekte und Reformschritte, die wir gemeinsam entwickelt haben. Wenn wir deshalb heute und hier eine „Zäsur“ machen, dann deshalb, weil wir eine solche Verfasstheit und ein solches Selbstverständnis brauchen, das uns in die Lage versetzt, die innovativen Elemente und Ideen dieses Zukunftsprogramms für Berlin auch in die Tat umzusetzen.

Wir wissen: Wir leben in schwierigen Zeiten. Die Haushalte der öffentlichen Hand sind weitgehend leer. Eine einseitige Anbindung unserer Strategie nur an diese eine Instanz wäre somit fatal. Wir müssen daher tendenziell weg von der im Wesentlichen bilateralen Form der Kommunikation zwischen Akteuren einerseits und Stadtverwaltung andererseits, wie wir sie bisher hatten.

Wir wissen auch: Ohne die Beteiligung weiterer Akteure – insbesondere aus den Reihen der Wirtschaft – werden viele unserer schönen Leitprojekte nur auf dem Papier stehen bleiben. Wir brauchen also eine Öffnung unseres Prozesses im Sinne einer Plattform für alle, denen die Zukunftsfähigkeit unserer städtischen Gesellschaft am Herzen liegt.

Wir wissen zum Dritten: Wenn wir unseren vielen spannenden Projekten und Reformschritten auch nur die Chance einer Realisierung geben möchten, dann brauchen wir eine neue Qualität der Öffentlichkeitsarbeit. Das schließt übrigens auch eine Verantwortung der Spitzen von Politik und Verwaltung mit ein, deren öffentliche Fürsprache für den bisherigen Prozess der Agenda 21 wir in der Vergangenheit oft und auch schmerzlich vermisst haben.

Es gibt aber auch – und vor allem – eine Herausforderung an uns selbst: nämlich dass wir uns herausbewegen aus manchen alten Worthülsen, die uns seit vielen Jahren begleiten und die uns daher auch „gefährlich“ lieb geworden sind. Um konkret zu werden: Im Zeitalter der Agenda 2010 ist der Begriff der Agenda 21 nicht mehr wirklich zielführend, weil nicht mehr unverwechselbar. Und über den spröden Charme des Wortes Nachhaltigkeit muss ich an dieser Stelle wohl kein Wort mehr verlieren (wie ich hoffe...).

Wohlgemerkt: Dies soll und darf keineswegs bedeuten, die hinter diesen Begriffen stehenden Inhalte aufzugeben, ganz im Gegenteil. Aber: Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass wir in einer Marktwirtschaft und in einer Mediengesellschaft leben, in denen auch wir alle Produkte, die wir „verkaufen“ – sprich: an den Mann und die Frau bringen wollen – auch mit wirksamen Werbestrategien, mit wirksamen Schlüsselwörtern und mit wirksamer Ausstrahlung versehen müssen.

Mit anderen Worten: Wir brauchen eine neue Qualität unseres Auftretens. Es geht somit keineswegs nur um eine bloße Fortsetzung des bisherigen Prozesses (wie es in der Einladung etwas verkürzt heißt), sondern um einen wirklichen Neubeginn, der sich trotzdem seiner ursprünglichen – und ausdrücklich weiterhin gültigen – Intention bewusst bleibt. Was folgt aus dieser Einsicht?

Kernelemente des neuen Vereins

Wir haben uns in der so genannten „Struktur-AG“ viele Monate lang Gedanken darüber gemacht, wie ein Modell aussehen könnte, das den genannten Anforderungen an eine neue Qualität entspricht. Ich möchte an dieser Stelle weniger auf einzelne Fragen der Struktur und Satzung eingehen als vielmehr auf einige Grundlinien dieses „Neu Beginnens“.

Punkt 1: Wir brauchen eine eigene Rechtsform, d.h. wir müssen zu einer eigenständigen juristischen Person werden, die in der Lage ist, sich selbstständig im Kräftefeld unserer Gesellschaft zu bewegen. Daher die grundlegende Entscheidung, einen eigenständigen, eingetragenen und gemeinnützigen **Verein** ins Leben zu rufen.

Punkt 2: Wir brauchen eine Rechtsform, die uns in die Lage versetzt, kleinere und gegebenenfalls auch größere Mengen von Geld – das von ganz verschiedenen Seiten kommen kann – zu akquirieren, zu verwalten und – last not least – unseren Projekten zugute kommen zu lassen. Daher unser Vorschlag, gleichzeitig mit der Vereinsgründung eine **Stiftung** mit auf den Weg zu bringen.

Punkt 3: Wir brauchen einen Namen, der zum Ausdruck bringt, dass es sich bei all unseren Aktivitäten um ein notwendiges – und im Wesentlichen ehrenamtliches – Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihr Gemeinwesen handelt. Daher unser sehr bewusster Vorschlag, dem Gesamtprojekt den Namen „**Bürgerstiftung**“ zu geben – wobei die Formen des Engagements, die unter diesem Namen stattfinden, ganz verschieden sein können.

Und natürlich Punkt 4: Es geht um ein **zukunftsfähiges Berlin**. Was das ist bzw. sein könnte, muss ich an dieser Stelle nicht ausführen, denn es ist in unserer „Berlin-Agenda“ deutlich umrissen und findet seinen konkreten Niederschlag in den von uns entwickelten 30 Leitprojekten.

Zusammengenommen ergibt sich aus den vier genannten Anforderungen folgerichtig der Name: Bürgerstiftung für ein zukunftsfähiges Berlin e.V. – und weil das eigentlich ein viel zu langer Titel ist, gibt es für das Ganze auch eine Kurzformel: **Berlin21**. Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Satzung und fragen Sie Ihren Rechtsanwalt oder Notar... Wir werden in der anschließenden Debatte ganz gewiss noch auf einige dieser Risiken und Nebenwirkungen zu sprechen kommen.

Aber eines steht fest: Dieser Neuanfang, diese neue Struktur und hoffentlich auch neue Qualität wird natürlich nur dann zu einer wirklichen Kraft in unserer Stadt und unserer Region werden können, wenn möglichst viele engagierte Bürgerinnen und Bürger diesen neuen Aufbruch mittragen und durch ihren persönlichen „Beitrag“ (das ist durchaus in seinem doppelten Wortsinn gemeint!) ein kleines Stück zum Gelingen des Unternehmens beisteuern.

Sie haben es schon ganz richtig verstanden: Dies ist eine Aufforderung. Mit anderen Worten: Wer bis jetzt noch nicht Mitglied des neuen Vereins mit Perspektive Bürgerstiftung geworden ist, der/die darf es – durch Unterzeichnung der Satzung – immer noch werden. Und natürlich hat nur wer Mitglied ist, auch das Recht und die Möglichkeit, über die weiteren Perspektiven des Vereins mit zu entscheiden!

Denn unser weitgestecktes Ziel ist es, dass wir am Ende nicht nur eine kleine Gemeinde der „ewig Aufrechten der letzten Tage“ sein wollen, sondern ein kraftvoller und wahrnehmbarer Faktor für die Zukunftsgestaltung unserer Stadt und Region.

Zentrale Herausforderungen

Ich darf vielleicht schließen mit drei zentralen Herausforderungen, wie ich sie der Bürgerstiftung Zukunftsfähiges Berlin e.V. – das heißt: uns – mit auf den Weg gehen würde:

Herausforderung 1: Wie vielleicht die Wenigsten unter uns wissen, wurde vor genau einer Woche an genau dieser Stelle die „Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement“ aus der Taufe gehoben und von vielen anwesenden engagierten Bürgern, Initiativen und Organisationen bereits unterzeichnet. Am Ende von Paragraph 3 dieser Charta heißt es:

„Bürgerschaftliches Engagement fördert Partizipation, Integration und Eigenverantwortung aller in Berlin lebenden Menschen und ihren Einsatz für ein aktives Gemeinwesen. Bürgerschaftlich Engagierte beanspruchen, sich mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und mitentscheiden zu können.“

Ich halte diesen Satz für elementar – und ich würde unser heute zu verabschiedendes Projekt ganz offensiv unter diese Leitlinie gestellt wissen wollen. Denn unsere Stadt braucht nicht nur das soziale Selbsthilfe-Kapital der Bürgerinnen und Bürger (das leicht als Lückenbüßer und „Ersatzkasse“ für öffentliches Handeln ausgenutzt werden kann), sondern auch ein demokratisches Nachhilfe-Kapital, das sich selbstbewusst in unser Stadtleben einbringt.

Herausforderung 2 bewegt sich auf einer inhaltlichen Ebene und greift somit über Berlin hinaus. Das Stichwort heißt „Ethik der Nachhaltigkeit“ und wurde ja bereits unlängst vom „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ zum Thema eines Kongresses gemacht. Wenn wir ernsthaft ein zukunftsfähiges Leben und Handeln der Menschen anstreben, werden wir dies nicht allein über rationale Argumente, über gesetzliche Verordnungen und über administrative Maßnahmen erreichen.

Wenn es nicht auf einer tieferen Ebene zu einer Rückbindung des Individuums an das „Ganze“ kommt, dann werden all unsere ersonnenen Maßnahmen nicht wirklich greifen können. Wenn wir „ethische Leitplanken“ – und Nachhaltigkeit ist eine solche – wirklich nachhaltig implementieren wollen, dann müssen wir berücksichtigen, dass diese auch einer spirituellen Fundierung bedürfen, ohne die im Übrigen noch keine Gesellschaft dieser Welt langfristig funktionieren konnte – geschweige denn eine nachhaltige und zukunftsfähige.

Ich kann dieses Stichwort hier nur anreißen: Wir werden, so meine These, um den Gesamtkomplex der „Religion“ bei der tieferen Fundierung von nachhaltigen Verhaltensnormen nicht herum kommen – insbesondere dann nicht, wenn wir eine so große Herausforderung wie die von Prof. Kreibich benannte annehmen wollen: nämlich das Märchen von dem unauflöslichen Zusammenhang von stetigem Wirtschaftswachstum und Prosperität zu widerlegen und in der Konsequenz alternative Lebensstile nachvollziehbar und lebbar zu machen.

Herausforderung 3: Ich scheue mich nicht, sondern halte es sogar für geboten, auf unser heutiges Projekt den berühmten Satz von Willy Brandt anzuwenden: „Jetzt muss zusammenwachsen, was zusammengehört.“ Dieser Satz gilt für eine Stadt wie Berlin gleich in mehrfacher Hinsicht:

Erstens für den Ost- und Westteil unserer Stadt, die mental immer noch nicht wirklich zusammengewachsen sind. Zweitens darüber hinaus aber auch für das Verhältnis von Berlin und Brandenburg (wobei ich noch einmal auf den Namen des ursprünglichen Runden Tisches verweise). Regionale Kreisläufe, wie wir sie anstreben, sind kaum denkbar ohne ein klares und gewolltes Inbezugsetzen dieser beiden Teilregionen.

Drittens aber geht es um das Zusammenwachsen und das Aufeinander-Bezugnehmen der unterschiedlichen Interessengruppen und ihrer jeweiligen Blickwinkel auf die Stadt und ihre Probleme. Denn nur durch deren gegenseitige Befruchtung können wir zu gesamtgesellschaftlich tragfähigen Zukunftskonzepten für unsere Stadt und unsere Region kommen.

Ich freue mich daher ausdrücklich, dass es uns im Vorfeld gelungen ist, für den Vorstand des künftigen Vereins der Bürgerstiftung kompetente Vertreter/innen sowohl der jungen Generation als auch des kulturellen Lebens in unserer Stadt (und darüber hinaus) – und nicht zuletzt aus dem Bereich der innovativen Wirtschaft zu gewinnen. Weitere Kandidat/innen – etwa aus dem Bereich des Gesundheitswesens und dem immer wichtiger werdenden Bereich Migration – stehen, wie man heute so schön sagt, in der „Warteschleife“ und werden, wie wir hoffen, zu einem späteren Zeitpunkt das Gesamtensemble dieses Vorstands vervollständigen.

Dies alles weist m.E. in eine richtige Richtung. Aber diese Richtung kann nur dann Gestalt annehmen, wenn **wir**, die wir hier versammelt sind, uns gemeinsam aufmachen und dazu entschließen, diesen Weg auch zu beschreiten – d.h. wenn wir als „Noch-Agendaforum“ den mutigen Schritt hin zu der beschriebenen neuen Qualität auch wirklich beschließen.

In diesem Sinne meine herzliche und nachdrückliche Bitte an Sie und uns alle – eine Bitte, die ich sozusagen als ein „Urgestein“ des Agendaprozesses aussprechen darf –, dem uns vorliegenden Beschlussantrag, das Agendaforum in eine Bürgerstiftung Zukunftsfähiges Berlin e.V. zu transformieren, nicht nur zuzustimmen, sondern auch mit Überzeugung zuzustimmen!

Erhard O. Müller ist Mitglied des neu gewählten Sprecherrats von „berlin21“ und koordiniert die Fachforen der Handlungsfelder „Partizipation“ und „Zukunft der Arbeit“